



Berlin, 08.04.2024

Antrag zur Mitgliederversammlung:

Der Krieg in Israel und Palästina. Für Mitgefühl mit allen Opfern, Menschenrechte und ein solidarisches, friedliches Zusammenleben in Neukölln

*Antragsteller*in: Vorstand Kreisverband Neukölln*

- 1 Als Bündnis 90/Die Grünen Neukölln stehen wir an der Seite aller Menschen in
- 2 unserem Bezirk, die sich für ein friedliches Miteinander und gegen
- 3 Antisemitismus, anti-muslimischen Rassismus und jede Art von Diskriminierung und
- 4 gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit engagieren. Diese Kämpfe müssen gemeinsam
- 5 geführt werden und dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden.

- 6 Der Angriff der Terrororganisation Hamas und andere bewaffnete Gruppen auf
- 7 Israel am 7. Oktober hat circa 1.100 Todesopfern gefordert, über 230 Menschen
- 8 wurden entführt. Dieser Überfall war in seiner Grausamkeit extrem schockierend.
- 9 Die Massaker an den Bewohner*innen von Kibbuzim und Besucher*innen eines
- 10 Musikfestivals, die Vergewaltigungen und die andauernde Geiselnahme richteten
- 11 sich gezielt gegen die israelische Zivilbevölkerung, darunter Kinder, Frauen und
- 12 Senior*innen. Sie stellen schwerste Kriegsverbrechen dar und können durch nichts
- 13 gerechtfertigt werden. Viele der Entführten sind bis heute in der Gewalt der
- 14 Hamas und ihrer Verbündeten, die bis heute israelisches Staatsgebiet und
- 15 israelische Bürger*innen mit Raketenangriffen und anderen Terrorakten bedrohen.

- 16 Als Antwort auf diesen Angriff führt Israel seit nun sechs Monaten Krieg in
- 17 Gaza. Die andauernden schweren Luftangriffe, die Bodenoffensive und die Kämpfe
- 18 zwischen der israelischen Armee und der Hamas verursachen schwerstes Leid in der
- 19 palästinensischen Zivilbevölkerung. Seit Beginn des Krieges sind im Gazastreifen
- 20 laut der WHO über 30.000 Menschen getötet und etwa 100.000 verletzt worden. Die
- 21 Mehrheit der Opfer sind Frauen, Kinder und andere Zivilist*innen.
- 22 Hunderttausende Menschen sind innerhalb des Gazastreifens auf der Flucht und
- 23 ohne sichere Unterkünfte. Ihr Leben ist bedroht. Das Gesundheitssystem ist
- 24 völlig zusammengebrochen und Krankheiten breiten sich aus. Hunger und
- 25 Unterernährung verschlimmern sich täglich, auch weil die israelischen Behörden
- 26 Hilfslieferungen bisher nicht oder nicht ausreichend in den Gazastreifen lassen.
- 27 Das Welternährungsprogramm spricht von einer Hungersnot. Große Teile des
- 28 Gazastreifens sind für Jahre unbewohnbar, sehr viele der Gebäude sind zerstört
- 29 oder schwer beschädigt. Seit Wochen kündigt die israelische Regierung eine

30 militärische Offensive auf die Stadt Rafah an, wohin in den letzten Monaten über
31 1,3 Millionen Menschen geflüchtet sind. Diese Offensive würde die jetzt schon
32 unvorstellbare humanitäre Lage weiter verschlimmern. Gleichzeitig spitzt sich
33 die Lage im besetzten Westjordanland in den letzten Monaten zu. Laut Berichten
34 von palästinensischen und israelischen Menschenrechtsorganisationen kommt es
35 dort zu Gewalt und zur Vertreibung von Palästinenser*innen, besonders durch
36 extremistische israelische Siedler*innen und das israelische Militär.

37 In Neukölln leben Menschen aus der ganzen Welt, Palästinenser*innen und Menschen
38 mit palästinensischer Migrationsgeschichte, Jüd*innen und Israelis. Die lokale
39 Politik in Neukölln kann das Leid in Palästina und in Israel nicht verhindern.
40 Wer etwas Anderes behauptet, ist nicht ehrlich. Dennoch steht unser Bezirk seit
41 dem 7. Oktober immer wieder im öffentlichen Fokus. Der Konflikt und die Art, wie
42 darüber gesprochen wird, haben direkte Auswirkungen auf das Zusammenleben in
43 Neukölln.

44 Jüd*innen und Israelis in Neukölln sind nach dem Massaker der Hamas
45 traumatisiert. Sie trauern um die Ermordeten und sind in Angst um die entführten
46 Geiseln. Sie erleben seit dem 7. Oktober 2023 verstärkt antisemitische
47 Anfeindungen und fühlen sich in den Straßen unseres Bezirks nicht mehr sicher,
48 wenn sie zum Beispiel hebräisch sprechen oder ein hebräisches Buch in der U-Bahn
49 lesen. Gewaltsame Übergriffe, wie auf den jüdischen Berliner Studenten Lahav
50 Shapira, und Angriffe auf jüdische Einrichtungen zeigen, dass diese Bedrohung
51 real ist.

52 Viele Palästinenser*innen in Neukölln sind durch eigene Gewalterfahrungen und
53 Erfahrungen in ihrer Familie im Kontext von Vertreibung und Flucht
54 traumatisiert. Jetzt trauern sie um die Opfer des Krieges und sind in ständiger
55 Angst um ihre Familienmitglieder und Freund*innen. Gerade im Monat Ramadan sind
56 Muslim*innen in Neukölln jeden Abend zusammengekommen. Sie haben gemeinsam das
57 Fasten gebrochen, aber auch mit Schrecken und Wut über die Brutalität der
58 israelischen Kriegsführung in Gaza und den gestiegenen anti-muslimischen
59 Rassismus gesprochen, den sie in ihrem Alltag erfahren.

60 Für uns als Grüne Neukölln sind die folgenden Grundwerte nicht verhandelbar: Die
61 Menschenrechte und die völkerrechtlichen Regeln des Krieges – das humanitäre
62 Völkerrecht – sind universell. Sie gelten bedingungslos, egal ob eine
63 Konfliktpartei sich vorher daran gehalten hat oder nicht. Wir sind solidarisch
64 mit allen Menschen, deren Rechte verletzt werden, und stehen an der Seite aller
65 Menschen, die ihre Stimme gegen Menschenrechtsverletzungen erheben. Wir zeigen
66 Empathie mit allen Opfern von Krieg und Gewalt. Wir trauern um sie unabhängig
67 von ihrer Herkunft und sprechen ihnen niemals ihre Menschlichkeit und
68 Menschenwürde ab.

69 Der mediale und politische Ton in den letzten Monaten war zu oft von
70 Empathielosigkeit und Einseitigkeit geprägt. Das gilt für die Verherrlichung des
71 Hamas-Massakers auf der Sonnenallee und in den sozialen Medien und die fehlende

72 konkrete Solidarität und Anteilnahme mit jüdischen und israelischen Menschen –
73 auch in linken und progressiven Initiativen.

74 Genauso gilt das für die Gleichgültigkeit gegenüber der Gewalt und
75 Diskriminierung gegen Palästinenser*innen. Es gab in der internationalen und
76 deutschen Diskussion immer auch differenzierte Stimmen, für die das
77 Existenzrecht Israels und die Solidarität mit der israelischen Bevölkerung nicht
78 im Widerspruch zum Recht auf Leben, Frieden und Selbstbestimmung der
79 Palästinenser*innen steht. Aber gerade in Deutschland sind die harten,
80 empathielosen Stimmen, welche die Mitverantwortung Israels für zivile Opfer und
81 die humanitäre Katastrophe leugnen oder sogar eine völkerrechtswidrige
82 kollektive Bestrafung der Bevölkerung im Gazastreifen rechtfertigen, zu oft
83 unwidersprochen geblieben. Solche Gleichgültigkeit und Doppelstandards schädigen
84 das Vertrauen in unsere Demokratie. Insbesondere in den letzten Monaten hatten
85 Menschen palästinensischer Herkunft häufig den Eindruck, dass ihre Trauer und
86 die Sorge um das Leben, das Zuhause und die Sicherheit ihrer Angehörigen für die
87 deutsche Politik keinen Wert haben und dass die Realität im Gazastreifen von
88 deutschen Medien und Politiker*innen verharmlost wurde. Dieses Versagen belastet
89 das Zusammenleben in Neukölln.

90 Palästinenser*innen, aber auch Jüd*innen und Israelis, die vor den
91 katastrophalen Folgen einer israelischen Invasion und einer zunehmend
92 entmenschlichenden Sprache mancher israelischer Politiker*innen gegen die
93 Bevölkerung im Gazastreifen gewarnt haben, wurden zu lange nicht ernst genommen.
94 Ihre Proteste wurden häufig viel zu leichtfertig und pauschal als antisemitisch
95 dargestellt und verboten. Wir verurteilen, dass nach dem 7. Oktober antiisraelische
96 und anti-semitische Demonstrationen in Neukölln stattgefunden haben,
97 auf denen es auch zur Verherrlichung von Kriegsverbrechen, Volksverhetzung und
98 Aufrufen zur Gewalt gekommen ist. Solche Straftaten können aber auch ohne
99 weitreichende Demonstrationsverbote verfolgt werden. In den Wochen nach dem 7.
100 Oktober kam es in unserem Bezirk zu teils massiven und unverhältnismäßigen
101 Einschränkungen der Meinungs- und Versammlungsfreiheit, von denen besonders
102 palästinensische Demonstrant*innen betroffen waren.

103 Die Meinungsfreiheit schützt auch einseitige Kritik an Israels Vorgehen im
104 Gazastreifen, egal ob wir diese teilen oder nicht. Das gilt auf dem Hermannplatz
105 genauso wie auf der Berlinale. Wenn bereits das Tragen einer palästinensischen
106 Flagge oder einer Kuffieh (Palästinensertuch) und die Aussprüche „Free
107 Palestine“ oder „Ceasefire Now“ pauschal als antisemitisch bewertet werden, wird
108 der Begriff unscharf und es wird durch diese Instrumentalisierung schwerer,
109 echten Antisemitismus zu benennen und zu bekämpfen.

110 Vor diesem Hintergrund formulieren wir die folgenden **Positionen und Forderungen:**

111 **Wir unterstützen** die Forderung nach einem sofortigen und bedingungslosen
112 Waffenstillstand, genauso wie den sofortigen Zugang zu ausreichend humanitärer
113 Hilfe für die Menschen im Gazastreifen. Das ist keine Frage der Politik, sondern

114 eine Frage der Menschlichkeit auf Basis internationalen Rechts. Genauso **fordern**
115 **wir** eine sofortige und bedingungslose Freilassung aller Geiseln durch die Hamas.
116 Alle Konfliktparteien müssen das humanitäre Völkerrecht achten.

117 **Wir unterstützen** das Recht, für diese Forderungen öffentlich einzutreten. Das
118 gilt für das Gedenken an die getöteten Palästinenser*innen und Israelis
119 gleichermaßen. Es gilt aber auch für andere berechnigte politische Forderungen
120 der palästinensischen Gemeinschaft. Dazu gehört aktuell die sofortige Lieferung
121 von ausreichend humanitärer Hilfe, die Einhaltung des humanitären Völkerrechts
122 durch die israelische Armee, genauso wie das Recht der Palästinenser*innen auf
123 Selbstbestimmung, eine gerechte politische Lösung des Konflikts und gleiche
124 Rechte im Rahmen einer Zweistaatenlösung in den Grenzen von 1967, sowie ein Ende
125 der völkerrechtswidrigen Besatzung des Westjordanlandes und der Blockade des
126 Gazastreifens.

127 **Wir sind solidarisch** mit den Menschen in Neukölln, aber auch in Israel und
128 Palästina, die sich für akute Nothilfe, die Menschenrechte und eine langfristige
129 politische Lösung, ein Ende der Besatzung des Westjordanlands, Aussöhnung und
130 gleiche Rechte für Israelis und Palästinenser*innen einsetzen. Das sind zur Zeit
131 besonders humanitäre Helfer*innen und Journalist*innen, die im Gazastreifen
132 täglich ihr Leben riskieren, aber auch israelische, jüdische und
133 palästinensische Friedensaktivist*innen, Menschenrechtsverteidiger*innen,
134 Kriegsdienstverweigerer*innen und Künstler*innen. Der Einsatz dieser
135 progressiven israelischen und palästinensischen Stimmen wird von der
136 israelischen Regierung und zum Teil auch von deutschen Stellen erschwert.
137 Solidarität mit Israel bedeutet für uns Solidarität mit der israelischen
138 Gesellschaft, gerade auch der regierungskritischen Zivilgesellschaft.

139 **Wir bekennen uns zum Kampf gegen jeden Antisemitismus.** Antisemitismus ist
140 Ideologie, Hass, Diskriminierung und Gewalt, die sich gegen Jüd*innen richtet,
141 weil sie Jüd*innen sind. Der Anstieg antisemitischer Vorfälle in den vergangenen
142 Monaten bestürzt uns sehr. Wir sind solidarisch mit den Betroffenen. Niemand
143 darf in Neukölln Opfer von Hass und Hetze werden, weil sie*er Jüd*in ist. Der
144 Kampf gegen Antisemitismus ist eine niemals beendete Aufgabe. Er betrifft die
145 gesamte Gesellschaft in Deutschland, weil Antisemitismus in der gesamten
146 Gesellschaft existiert. Dabei müssen auch linke, antiimperialistische,
147 antirassistische und andere progressive Bewegungen kritisch reflektieren und
148 sich mit antisemitischen Denkmustern auseinandersetzen.

149 **Wir kritisieren** das Narrativ des „importierten Antisemitismus“. Es führt zu
150 einem Generalverdacht gegen als muslimisch gelesene Menschen. Vor dem
151 Hintergrund der Tatsache, dass die größte Zahl von antisemitischen Vorfällen in
152 den letzten Jahren von rechtsextremen Täter*innen begangen wird, ist das
153 Narrativ des importierten Antisemitismus besonders zynisch und irreführend.
154 Antisemitische Denkmuster können nur überwunden werden, wenn wir sie als das
155 erkennen, was sie sind: gesamtgesellschaftliche Probleme, gegen die wir
156 gemeinsam eintreten müssen.

157 **Wir stellen uns klar gegen jeden anti-muslimischen Rassismus.** Seit dem 7.
158 Oktober berichten auch Muslim*innen und als muslimisch gelesene Menschen von
159 einer Zunahme von Diskriminierung, Anfeindungen und Übergriffen gegen sie.
160 Antisemitismus kann nicht mit anti-muslimischem Rassismus bekämpft werden.

161 **Wir kritisieren die Broschüre #MythosIsrael1948**, deren Verwendung in Schulen von
162 CDU und SPD in der Neuköllner Bezirksverordnetenversammlung beschlossen wurde.
163 Die Broschüre präsentiert eine einseitige Sicht auf den israelisch-palästinensischen
164 Konflikt und leugnet die Erfahrungen und Lebensgeschichten von
165 Palästinenser*innen. Den Beschluss verstehen wir als gefährlichen Versuch, eine
166 einseitige und ahistorische Sicht auf den Konflikt durchzusetzen. Außerdem
167 halten wir das Vorgehen im Sinne des schulischen Auftrages für kontraproduktiv:
168 Viele Kinder in Neukölln leiden selbst unter der Kriegssituation im
169 Gazastreifen, die sie über die sozialen Medien und ihre Familien verfolgen.
170 Dieser emotionalen Belastung und Traumatisierung der Schüler*innen müssen
171 Lehrer*innen und Schulen mit Sensibilität begegnen. Um den Konflikt in Schulen
172 besprechbar zu machen, einzuordnen und Vorurteilen und Falschinformationen
173 entgegenzuwirken, braucht es daher keine Broschüre, in der einseitig eine
174 richtige Version der Geschichte festlegt wird, sondern multiperspektivische
175 Ansätze, die der Komplexität des Konflikts gerecht werden, und genügend
176 Unterstützung für Lehrer*innen und Eltern, um diese Ansätze umzusetzen.

177 **Wir erwarten von** der Bundesregierung, dass sie sich weiter und mit allen
178 verfügbaren diplomatischen Mitteln für einen sofortigen, dauerhaften
179 Waffenstillstand und eine ausreichende humanitäre Versorgung der Menschen in
180 Gaza sowie die Freilassung der israelischen Geiseln einsetzt.
181 Als Teil der internationalen Gemeinschaft muss die Bundesregierung dafür
182 einstehen, dass alle Verantwortlichen für Verstöße gegen das humanitäre
183 Völkerrecht und die Menschenrechte zur Rechenschaft gezogen werden.
184 Wir wünschen uns, dass Politiker*innen – ganz besonders Grüne – keine
185 einseitigen Statements abgeben, die den Eindruck von Doppelstandards verstärken.
186 Auch unter medialem und politischem Druck müssen sie für eine differenzierte
187 Sicht auf den Konflikt einstehen.

188 Das Leid sowie die legitimen Forderungen der deutsch-palästinensischen
189 Gemeinschaft müssen ernst genommen und anerkannt werden. Ebenso muss auf die
190 Bedürfnisse, Sorgen und politischen Forderungen von Jüd*innen und Israelis in
191 Berlin und Deutschland eingegangen werden. Das gilt gerade auch, wenn diese
192 Positionen nicht einheitlich sind und teilweise im Widerspruch zur Haltung der
193 israelischen Regierung stehen.

194 **Friedliches Zusammenleben in Neukölln**

195 Unser Bezirk ist ein Symbol gesellschaftlicher Vielfalt. Trotz mancher Konflikte
196 und sozialen Härten gelingt in Neukölln jeden Tag das Zusammenleben
197 unterschiedlicher Menschen auf engem Raum. Dieses Zusammenleben funktioniert,
198 weil wir einander mit Respekt, Toleranz und Solidarität begegnen. Der aktuelle

199 Konflikt und der Krieg im Gazastreifen sorgen auch in Neukölln für Spannungen.
200 In einem Bezirk, in dem Menschen mit persönlichen Bezügen nach Israel und
201 Palästina leben, in dem sie um Angehörige bangen und trauern, gehört es dazu,
202 dass Wut, Protest und politischer Streit auch im öffentlichen Raum Platz finden.
203 Das ist Teil unserer pluralistischen Demokratie. Gerade in dieser angespannten
204 Situation dürfen wir aber die Grundwerte, die unser Zusammenleben in Neukölln
205 möglich machen, nicht aufgeben. Lasst uns den Schmerz und das Leid der Anderen
206 anerkennen und darauf vertrauen, dass die Menschen, die sich in Neukölln gegen
207 anti-muslimischen Rassismus und für die Rechte von Palästinenser*innen
208 einsetzen, dabei genauso unsere Unterstützung verdienen, wie alle, die sich
209 gegen Antisemitismus engagieren. Lasst uns weiter miteinander sprechen,
210 gemeinsam gegen jede Art von Diskriminierung und gruppenbezogener
211 Menschenfeindlichkeit kämpfen und diese Ziele nicht gegeneinander ausspielen.

Begründung

Der Terrorangriff auf Israel am 7. Oktober 2023 und der Krieg im Gazastreifen haben Auswirkungen auf das Zusammenleben in Neukölln. In den vergangenen Monaten waren wir mit vielen Menschen und Initiativen, die in unserem Bezirk von diesem Konflikt betroffen sind oder dazu Bildungsarbeit leisten, im Gespräch. Wir wissen, dass wir mit diesem Antrag der Komplexität des israelisch-palästinensischen Konflikts nicht gerecht werden können. Als Kreisvorstand der Grünen Neukölln möchten wir mit diesen Antrag die Vielfalt der Perspektiven in unserem Bezirk berücksichtigen und für den gesellschaftlichen Zusammenhalt eintreten. Gleichzeitig möchten wir dazu beitragen uns als grüner Kreisverband trotz der Schwierigkeit des Themas politisch zu orientieren.